

Rundfunk

Konserve statt Lesben

Der Bayerische Rundfunk unterscheidet genau, was der heimischen Bevölkerung zugemutet werden darf: eineinhalb Stunden Live-Übertragung der



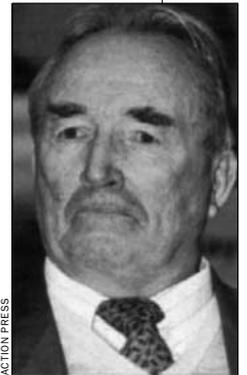
TV-Sendung „Die da“

Kruzifix-Demonstration in Fernsehen und Radio – ja, Berichte über Kinderwünsche lesbischer Frauen – nein. Auf Wunsch des amtierenden Fernsehdirektors Walter Flemmer wurde am vergangenen Montag die neueste Ausgabe des Frauenmagazins „Die da“ durch eine Konserve ersetzt. Flemmer waren bei der Abnahme der Beiträge „juristische und journalistische Bedenken“ gekommen, vor allem bei einem Beitrag über lesbische Frauen, die sich ihren Kinderwunsch selbst erfüllen wollen und an einem Modell zeigen, wie moderne Jungfernzeugung aussieht. Der Sprecher des Bayerischen Rundfunks, Rainer Tief, bestätigte die politische Korrektheit seines Hauses. Es sei jedoch beim Funkhaus „selbstverständlich möglich, solche Themen zu senden“, wenn auch „in veränderter Form“.

Republikaner

Schönhuber raus

Mehrere Vorstandsmitglieder der Republikaner wollen den früheren Vorsitzenden Franz Schönhuber, 72, aus der Partei ausschließen. Den Anlaß bieten Schönhubers Bemühungen, gemeinsam mit der rechtsextremen Zeitschrift *Nation und Europa* an verschiedenen Orten „Runde Tische“ für Rechtsradikale zu organisieren. Darüber hinaus werfen Spitzenfunktionäre aus dem bayerischen Landesverband ihrem ehemaligen Boß rechtsextreme Äußerungen in seinem Buch „In Acht und Bann“ vor. Darin bedauert Schönhuber die Abgrenzung der Repts nach ganz rechts und schwärmt von den „sozialrevolutionären Visionen“ des NSDAP-Propagandisten Gregor Strasser. Schönhuber bekennt in seinem Buch „eine gewisse Sympathie für den Menschen Mussolini“ und bescheinigt der Waffen-SS, der er einst selbst angehörte, „Kräfte, die die Europäisierung vorangetrieben“ hätten. Seit seinem Sturz im Oktober 1994 ist Schönhuber nur noch einfaches Mitglied sowie Ehrenvorsitzender in Sachsen.



ACTION PRESS

Schönhuber

Minister

Zittern um den Schürmann-Bau

Die nächste Hochwassersaison naht, doch die Regierung Kohl drückt sich weiterhin vor einer Entscheidung über den Schürmann-Bau. Obwohl, so ein Kanzlerberater, „de facto längst feststeht“, daß der durch das Weihnachtshochwasser 1993 schwer beschädigte Rohbau für weitere 450 Millionen fertiggestellt wird, mochte sich die Ministerrunde am letzten Mittwoch nicht zu einem Beschluß durchringen. Staatskämmerer Theo Waigel fürchtet Imageverlust, weil er sich mit seinem Plan nicht durchsetzen konnte: Er befürwortet eigentlich einen um 200 Millionen Mark preiswerteren Neubau. Bauminister Klaus Töpfer dagegen ist für die Luxussanierung der Ruine – und fürchtet den Ruf als Steuergeldverschwender. Die FDP-Politikerin Irmgard Schwaetzer, Töpfers Vorgängerin, hofft, daß der Weiterbau noch gekippt wird: „Davor hat die Regierung gewaltig Muffensausen.“

Eurofighter

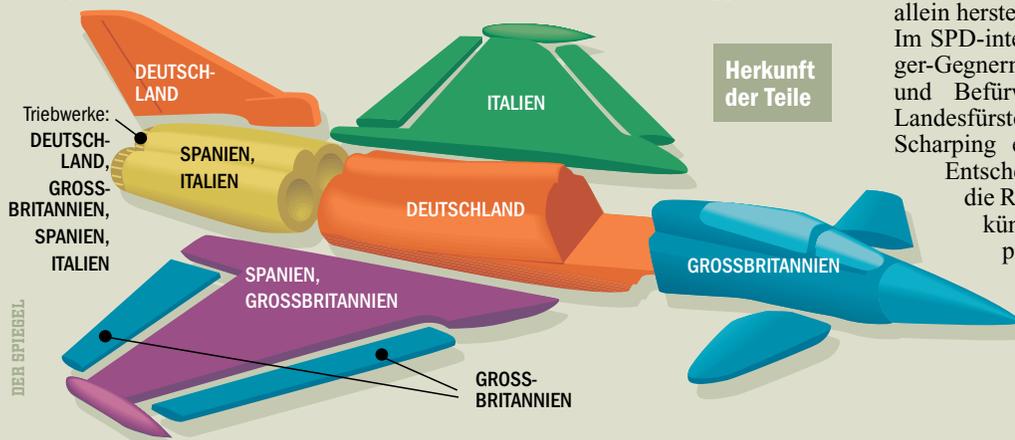
Teurer Nachschlag

Der „Jäger 90/Eurofighter“ ist noch gefräßiger als angenommen. Die im Wehretat 1995 für die Entwicklung des Jagdflugzeugs veranschlagten 640 Millionen Mark reichen nicht aus, um die Rechnung der Dasa und ihrer Partnerfirmen zu begleichen. Das Verteidigungsmini-

sterium will deshalb beim Haushaltsanschluß einen Nachschlag von rund 70 Millionen Mark beantragen. Die Summe hatte die Haushaltsabteilung des Wehressorts insgeheim in einem Budget-Titel für Forschung geparkt, weil die Industrie längst einen Bedarf von mehr als 700 Millionen Mark angemeldet hatte. Großbritannien beharrt unterdessen darauf, seinen Produktionsanteil zu Lasten deutscher Firmen auf knapp 42 Prozent

zu erhöhen; bislang beträgt er, ebenso wie der deutsche Anteil, 33 Prozent. Die Deutschen würden schließlich statt 250 nur noch 140 Maschinen bestellen. Unter 30 Prozent will sich Bonn dennoch nicht drücken lassen, um in Deutschland Arbeitsplätze zu sichern. Außerdem wollen die Briten die Systemführerschaft nicht länger mit der Daimler-Benz Aerospace teilen und die anspruchsvolle Elektronik für die Flugsteuerung künftig allein herstellen.

Im SPD-internen Konflikt zwischen Jäger-Gegnern in der Bundestagsfraktion und Befürwortern unter den SPD-Landesfürsten spielt Parteichef Rudolf Scharping einstweilen auf Zeit: Eine Entscheidung stehe erst an, wenn die Regierung ein Konzept für die künftige Luftverteidigung samt präziser Kosten für den Jäger vorlege. Der linke Parteiflügel soll so davon abgehalten werden, die SPD beim Novemberparteitag gegen das Kampfflugzeug festzulegen.



DER SPIEGEL